



Österreichische Präsidenschaftskanzlei

Brigitte Binder
Justiz- und Verwaltungsrechtsangelegenheiten

A-1014 Wien, Hofburg, Ballhausplatz
Tel. +43-1-53422-0, Fax 43-1-53422-418
brigitte.binder@hofburg.at

GZ S711200/745-STR/2010

Wien, am 21. Oktober 2010

Sehr geehrte Frau Mag. Jobst!

Gerne bestätige ich den Erhalt Ihres Schreibens vom 18. Oktober d. J., in dem Sie sich - namens der Österreichischen Gesellschaft für Integrative Therapie - im Hinblick auf das Schicksal der Familie Komani mit dem geltenden Fremdenrecht auseinandersetzen.

Die verschiedenen Aspekte dieses höchst sensiblen Rechtsgebiets gehören zu den Themen, die den Herrn Bundespräsidenten seit langem intensiv beschäftigen. In diesem Sinn hat der Herr Bundespräsident am 14. Oktober Vertreter von Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Amnesty International und SOS Kinderdorf zu einem Gespräch empfangen, in dem die praktische Handhabung des Fremdenrechts, insbesondere die Frage der Abschiebung von Kindern, im Mittelpunkt gestanden ist.

Der Herr Bundespräsident hat aus Anlass der öffentlichen Debatte mit Interesse davon Kenntnis genommen, dass seitens des zuständigen Bundesministeriums für Inneres überlegt wird, bei der Abschiebung von Familien dem Kindeswohl besonderes Augenmerk zuzuwenden. Eine allfällige Änderung der geltenden Fremdengesetze könnte allerdings nur vom Parlament ausgehen.

Der Herr Bundespräsident dankt Ihnen für Ihr engagiertes Schreiben und wünscht Ihnen alles Gute.

Mit besten Grüßen


Frau
Mag. Angelika Jobst
Schottenfeldgasse 24/21
1070 Wien